

In eigener Sache



Foto: Michael Breuer

Anke Lundborg

Unsere Rolle im Rat – konstruktiv, kritisch, klar

Die neue Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen ist gestartet: 11 Ratsmitglieder und 14 sachkundige Bürger*innen haben ihre Arbeit aufgenommen. In den kommenden fünf Jahren sind wir im Rat mit einer großen Mehrheit von CDU und SPD konfrontiert. Unsere Rolle ist dabei klar definiert: Als Oppositionspartei werden wir konstruktive Lösungen und konkrete Anregungen einbringen – besonders in der Klima- und Umweltpolitik. Dazu zählen ein zukunftsfähiges Gebäude- u. Energiemanagement, nachhaltige Verkehrspolitik sowie wirksamer Umwelt- und Naturschutz. Wir engagieren uns für gute Bildungsbedingungen in Schulen und Kitas, mit besonderem Blick auf den Schulmasterplan und setzen uns für ein lebenswertes Pulheim ein: bezahlbares Wohnen, attraktive Freizeitangebote und gute Sportinfrastruktur. Zugleich nehmen wir unsere Kontrollfunktion ernst. Wir stellen unbequeme Fragen, machen auf Missstände aufmerksam und sorgen für Transparenz. Die Bürgerschaft zu informieren ist dabei zentral – auch deshalb gibt es diese Ausgabe. Denn gute Kommunalpolitik lebt vom offenen Austausch und einer gut informierten Öffentlichkeit.

Sportstättenleitplanung

4,9 Mio. € sparen – Warum soll die GSG-Halle weg?

Zwei Turnhallen, zwei Preisetiketten – und eine irritierende Abrissidee. Während die Sanierung der Turnhalle Am Sportzentrum seit Jahren mit 6,585 Mio. € geplant ist, steht die Halle am Geschwister-Scholl-Gymnasium mit nur 1,68 Mio. € im bisherigen Haushalt – soll aber nach Vorstellungen der Verwaltung mittelfristig abgerissen werden. Die Grünen forderten im Februar einen transparenten Kostenvergleich und eine Vertagung der Entscheidung. Wegen möglicher Bodendenkmäler beim Neubau des Schulzentrums Mitte auf der Reiherwiese neben dem alten Hallenbad



Foto: A. Jungelbladt

Marode Turnhalle am Schulzentrum

ist noch offen, ob dort überhaupt zwei neue Hallen gebaut werden können. Dann müssten beide vorhandenen Hallen erhalten bleiben. Der Ausschuss lehnte den Antrag ab.



Illustration: Silvana Roth@silvanimation

Das Aus der Musikschule hinterlässt Verstörung.

Musikalische Bildung

Aus für La Musica Wie Pulheim seine musikalische Zukunft verspielt hat – trotz fertiger Lösungen

Seit dem Jahreswechsel 2025/2026 ist es Realität: Pulheim ist aus dem Zweckverband der Musikschule La Musica ausgestiegen. Ein zentrales Fundament der musikalischen Bildung für Kinder und Jugendliche ist damit weggefallen. Eine Entscheidung mit schweren Folgen, die vermeidbar gewesen wäre. Wir Grüne bedauern diesen Ausstieg ausdrücklich.

Ein System, das funktioniert hat

La Musica war kein Luxusprojekt. Die Musikschule stand für Qualität, Verlässlichkeit und Teilhabe. Sie ermöglichte musikalische Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und war fest im Alltag vieler Familien verankert. All das ist nun weggefallen oder akut gefährdet.

Dazu gehörten:

- qualifizierter Instrumentalunterricht
- Ensemble- und Nachwuchsarbeit
- Kooperationen mit Kitas und Schulen
- Bläserklassen und JeKits-Angebote

Das Kulturnetzwerk lieferte die Alternative

Vom Kulturnetzwerk Pulheim lag eine gute Lösung vor: eine durchgerechnete Neukonzeption der musikalischen Bildung. Vorgeschlagen wurde ein „Zentrum für musikalische Bildung Pulheim“, professionell organisiert, finanziell realistisch und offen für bürgerschaftliches Engagement.

- Kein Schnellschuss
- Kein Sparmodell
- Sondern ein tragfähiger Neustart

Klare Zustimmung von uns Grünen. Die Ratsmehrheit sah das leider anders und hat das abgelehnt.

Unser Antrag: Zeit für eine Neuaufstellung

Um diesen Neustart zu ermöglichen, hatten wir Grünen beantragt, die ausgesprochene Kündigung der Mitgliedschaft bei La Musica befristet für drei Jahre bis zum 31.12.2028 zurückzunehmen. Diese Zeit hätte Stabilität geschaffen, Reformen ermöglicht und Qualität gesichert. Das wurde mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorschlag der Verwaltung: 80.000 Euro

Stattdessen setzt die Verwaltung auf neue Richtlinien zur musikalischen Kinder- und Jugendförderung – mit lediglich 80.000 Euro Budget pro Jahr. Selbst sie räumt ein: Mit dieser Summe drohen Qualitäts- und Teilhabeverluste. Kinder aus förderbedürftigen Familien werden kaum erreicht.

Die neuen Richtlinien bedeuten:

- keine Verlässlichkeit
- kein flächendeckendes Angebot
- kein Ersatz für eine Musikschule

Unser Antrag für den Doppelhaushalt: 300.000 Euro für Qualität

Wer musikalische Bildung ernst nimmt, muss sie auch finanzieren. Wir wollten, dass die Förderung für die kommenden zwei Jahre auf 300.000 Euro jährlich angehoben wird. Der Antrag wurde abgelehnt.

Unser Fazit

Die Stadt hat bei der Erstellung eines ordentlichen Alternativkonzeptes geschlafen! Pulheim hätte mehr haben können als ein Minimalprogramm nach dem Ende von La Musica.

Parteivorstand

Pulheimer GRÜNE haben eine neue Doppelspitze

Einstimmig haben die Pulheimer Grünen am 28.11.2025 ihre neue Doppelspitze im Parteivorstand gewählt: Marvin Schäfer, System- & Elektroingenieur, seit 2006 engagiertes Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, und Pia Makowski, Ex-Bankfachwirtin, Ratsmitglied und Pro-Europa-Aktivistin.

Beide begreifen sich als das organisatorische und kommunikative Herz der lokalen Parteiarbeit. Wichtig finden Sie die Themen Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Bildung, damit Pulheim moderner und lebenswerter



Foto: A. Jungelbladt

Marvin Schäfer und Pia Makowski

wird! Beide sind außerdem schon lange als Ratsmitglied bzw. als sachkundiger Bürger in verschiedenen Gremien der Stadt Pulheim aktiv.

Aus dem Inhalt

In eigener Sache:
Unsere Rolle im Rat
→ S. 1

Titel:
Aus für La Musica → S. 1

Sportstättenleitplanung:
4,9 Mio. € sparen → S. 1

Parteivorstand:
neue Doppelspitze → S. 1

Feuerwehr:
Hausgemachte Missstände
→ S. 2

Interview:
Ford-Betriebsratsvorsitzender Benjamin Gruschka → S. 2

Nach der Kommunalwahl:
Mehrheiten im Pulheimer Rat → S. 2

Haushalt 2026/27:
Sinnlose Geldverschwendung → S. 3

Sportstättenleitplanung:
Endlich Klarheit → S. 3

Klimaschutz:
Rekord-Ausbau der Windenergie → S. 3

Kommunalpolitik:
Inhalte oder Parteifarben? → S. 4

Im Stadtrat:
Die neue grüne Ratsfraktion → S. 4

Nachlese Kommunalwahl:
Verschwiegene Kooperationsvereinbarung → S. 4

Einladung zum Grünen Montag 4. Mai 2026, 19:30 Uhr

Heizung der Zukunft:
Was kommt auf uns zu?
Vortrag & Austausch
mit dem Energie-Kompetenz-Zentrum

**Wir bitten um
Anmeldung:**
info@gruene-pulheim.de

Feuerwehr



Beim Brandschutz liegt Einiges im Argen.

Hausgemachte Missstände bei der Feuerwehr

Die Feuerwehr Pulheim ist für unsere Sicherheit unverzichtbar – das dürfte unstrittig sein. Fragt man Bürgerinnen und Bürger, welchen Stellenwert die Feuerwehr haben sollte, ist die Antwort eindeutig: höchste Priorität, denn im Notfall muss auf sie Verlass sein. Doch die Realität sieht leider anders aus – zulasten der Einsatzkräfte unserer Feuerwehr.

Woran machen wir das fest? Unzuverlässige Löschfahrzeuge, die 30 Jahre im Dienst bleiben, obwohl sie nach spätestens 20 Jahren ersetzt werden sollten. Ein Brandschutzbedarfsplan, der erst fünf Jahre nach Ablauf der gesetzlichen Frist aktualisiert wird – obwohl er die Grundlage für eine leistungsstarke Feuerwehr bildet und wir das mehrfach ange mahnt haben. Überlegungen, die Standorte einzelner Löschzüge an den Ortsrand und darüber hinaus zu verlagern – zum Nachteil der Bevölkerung, weil die Feuerwehr dann später eintrifft. Unzureichender Gesundheitsschutz durch mangelhafte Duschmöglichkeiten und verschleppte Schadstoffe.

Fehlende Transparenz

Der zuständige Feuerwehrbeirat tagt nicht öffentlich, Informationen werden zurückgehalten, regelmäßige Statusberichte sind unerwünscht. Feuerwachen, die in einem besorgniserregenden Zustand sind. Dazu kommen Nachteile im Vergleich mit anderen Städten: Beschäftigte sind schlechter gestellt und es fehlen Entwicklungsperspektiven, ein eigenes Amt sowie eine Brandschutzdienststelle.

Man könnte meinen: Es wird alles getan, um die Feuerwehr kleinzuhalten, um zu sparen, um das Aufdecken von Missständen zu verhindern. Was ist das Motiv? Das ist unklar!

Unumkehrbare Schäden vermeiden

Klar ist dagegen, dass dieses Vorgehen Schaden anrichtet, womöglich unumkehrbar. Wir finden jedenfalls, dass Wertschätzung unseren Einsatzkräften gegenüber anders aussieht! Sie setzen sich für uns ein, sind da, wenn wir unseren möglicherweise schlimmsten Tag erleben. Dafür opfern sie viel Freizeit und leben mit dem Risiko, im Einsatz selbst Schaden zu nehmen, während sie anderen helfen – überwiegend ehrenamtlich, ohne Lohn. Das Mindeste, was unsere Einsatzkräfte also erwarten können, ist eine Politik, die sie wertschätzt, gut ausstattet und adäquate Rahmenbedingungen für ihren Dienst schafft!

Bestehende Probleme brauchen konstruktive Lösungen

Wir werden daher weiterhin konstruktive Anträge stellen und durch gezielte Anfragen Transparenz schaffen. Jetzt ist die Koalition aus CDU und SPD gefragt, aktiv mitzuwirken, die bestehenden Probleme anzuerkennen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Denn unsere Einsatzkräfte können sich jederzeit entscheiden, diesen notwendigen Dienst nicht mehr zu leisten. Was das für die Sicherheit der Pulheimer Bevölkerung bedeuten würde, ist offensichtlich. Hier sollten CDU und SPD nicht mit dem Feuer spielen.

Interview

Ford Köln unter Druck

Ford Deutschland und insbesondere der Standort Köln stehen aktuell unter erheblichem wirtschaftlichem und strukturellem Druck. Der Absatz von Elektrofahrzeugen bleibt hinter den Erwartungen zurück, gleichzeitig sind umfangreiche Stellenstreichungen angekündigt. Viele Ford-Beschäftigte leben im Stadtgebiet Pulheim. Grünzeug sprach mit dem derzeitigen europäischen Betriebsratsvorsitzenden Benjamin Gruschka.

Grünzeug (GZ): Herr Gruschka, Ford Köln produziert inzwischen ausschließlich Elektrofahrzeuge. Warum laufen Modelle wie der Explorer und der Capri aus Ihrer Sicht deutlich schlechter als erwartet – und welche Verantwortung trägt die Modell- und Preispolitik des Konzerns dafür?

Benjamin Gruschka (BG): Das dürfte überwiegend am hohen Preis liegen. Technisch sind das ja gute Produkte. Außerdem ist das Marktsegment unserer Kölner Autos besonders umkämpft. Viele Hersteller haben – parallel zu Ford – auf SUVs in der C-Klasse gesetzt. Es gibt sehr viele und zum Teil günstigere Angebote von der Konkurrenz. Die Ursache dafür ist ausschließlich die Modell- und Preispolitik des Konzerns.

GZ: Viele Beschäftigte fragen sich, ob Ford mit großen, teuren E-Fahrzeugen an den Bedürfnissen vieler Menschen vorbeiproduziert hat. Braucht es aus Ihrer Sicht dringend kleinere, bezahlbare Elektroautos, um den Standort Köln langfristig zu sichern?

BG: Nachher schlau zu sein, ist immer einfach. Aber wir haben schon vor der Entscheidung, den Fiesta einzustellen, gefordert, eine kleinere Elektro-Plattform für Europa zu entwickeln. Auf dieser müssten dann deutlich preiswertere Autos für eine breite Kundschaft gebaut werden. So schrumpft sich der Konzern in Europa tot.

GZ: Ford plant eine Zusammenarbeit mit Renault bei kleinen Elektrofahrzeugen. Welche Bedeutung hat diese Kooperation für den Standort Köln? Wäre nicht ein elektrischer Nachfolger des Fiesta in Köln die bessere Option?

BG: So wie das jetzt aussieht, wird Renault die Autos für Ford bauen, die wir in Köln bauen sollten. Diese „Renaults“ sind dann keine direkte Konkurrenz zu Capri und Explorer. Sie besetzen aber umgekehrt den Platz im Markt, den wir für solche Modelle aus Köln bräuchten. Das ist für die mittelfristige Perspektive einer Fahrzeugfertigung in Köln schlecht. Die zusätzlichen Modelle sollten die Marktsituation in Europa insgesamt verbessern. Das sichert in Köln Arbeitsplätze, zum Beispiel im Vertrieb.

GZ: Aktuell sollen tausende Arbeitsplätze bei Ford Deutschland abgebaut werden, besonders auch in Köln. Wie dramatisch ist die Lage aus Sicht des Betriebsrats – und was bedeutet das konkret für die vielen Ford-Beschäftigten, die in Pulheim und Umgebung leben?

BG: Vor etwa sieben Jahren, Ende 2018, haben bei Ford in Deutschland noch ca. 24.000 Menschen gearbeitet. Wenn dieses Entlassungsprogramm Ende nächsten Jahres fertig sein wird, sind es etwa noch ein Drittel davon. Die Firma hat den Forschungsstandort Aachen geschlossen und in Saar-

louis die Fahrzeugfertigung dicht gemacht. Auch wenn die relativen Verluste dort jeweils höher waren: In absoluten Zahlen sind in Köln die meisten Arbeitsplätze vernichtet worden. Wieviel dramatischer kann es sein? Und leider ist in der Produktstrategie nichts zu sehen, was kurz- bis mittelfristig eine Kehrtwende erwarten lässt. Die wenigen Ankündigungen des Konzerns für zukunftsfähige Modelle beziehen sich ausdrücklich nicht auf Europa.

GZ: Welche sozialen Leitplanken fordert der Betriebsrat beim Stellenabbau, damit Beschäftigte nicht die Zeche für strategische Fehlentscheidungen des Managements zahlen?

BG: Wir haben viele Jahre vorrangig darum gekämpft, eine zukunftssichernde Technologie- und Modellpolitik durchzusetzen. Leider hat unsere Konzernspitze mehrfach falsch entschieden. Erst Tesla ignoriert, dann die chinesischen Firmen unterschätzt. Ende 2024 wurde dann so langsam deutlich, dass es für Ford sehr schwierig wird, wettbewerbsfähige Autos auf den Markt zu bringen. Als dann im November 2024 die nächste – also die jetzt laufende – Welle Personalabbau angekündigt wurde, haben wir den Schwerpunkt verschoben. Wenn die Firma den Kolleginnen und Kollegen schon die guten Arbeitsplätze wegnehmen will (oder zu müssen meint), sollen diese wenigstens sehr gute Abfindungen bekommen. Das haben wir nicht nur gefordert, sondern inzwischen als IG Metall auch erstreikt und in einem Sozialtarifvertrag festgeschrieben. Das wird durch die US-Mutter garantiert.

GZ: Die Situation von Ford in den USA beeinflusst Entscheidungen in Europa. Inwiefern wirken sich strategische Fehlentwicklungen des Konzerns auf den Standort Köln aus?

BG: Das wird aus der oben genannten Geschichte sehr deutlich. Rein rechtlich können wir sowohl als Betriebsrat als auch als Gewerkschaft nur mit der deutschen Tochter des Ford-Konzerns verhandeln. Faktisch hat die Geschäftsführung der deutschen GmbH aber keinerlei Entscheidungshoheit über Modelle, Technologien oder gar Investitionen. Viel schlimmer: Einer unserer Geschäftsführer hat in einem WDR-Interview sogar gesagt, er habe keine Ahnung vom Geschäft. Alle größeren Entscheidungen für Köln werden in den USA getroffen.

GZ: Welche Perspektive sehen Sie für den Standort Köln in den kommenden zehn Jahren – und was erwarten Sie von Politik und Konzern, damit die Transformation sozial gerecht und nachhaltig gelingt?

BG: Kurzfristig sieht es eher nach einem fortgesetzten Schrumpfungskurs aus. Mittelfristig hoffen wir, dass die neu gegründete Technologieschmiede in den USA endlich den Anschluss an die vielgelobten chinesischen Hersteller findet. Dann könnte eine wettbewerbsfähige kleine Elektro-Plattform für Europa entstehen. Wir kämpfen dafür, dass die dann mit unserer Produktentwicklung zu konkreten Autos wird, die dann auch in Köln gebaut werden. Aber wir sind skeptisch, ob das funktionieren kann.

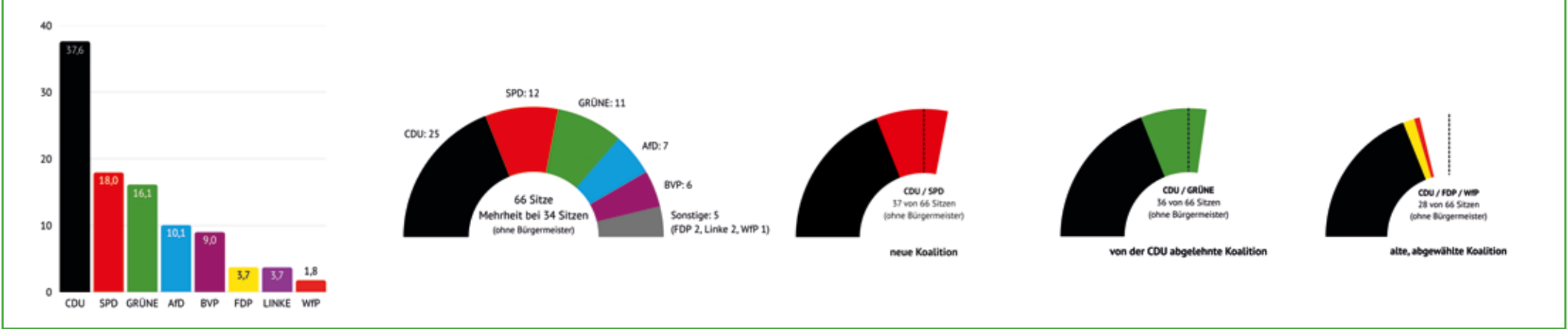
Das Interview führte Klaus Groth.

Benjamin Gruschka zur Person

Benjamin Gruschka ist 45 Jahre alt und arbeitet seit 1997 bei Ford in Köln. Er absolvierte zunächst eine Ausbildung zum Elektroniker für Betriebstechnik (1997–2001) und studierte später berufsbegleitend BWL mit Schwerpunkt

Marketing (VWA Köln, 2010–2013). Seit Oktober 2021 ist er Betriebsratsvorsitzender, seit Dezember 2021 Gesamtbetriebsratsvorsitzender und seit September 2023 Vorsitzender des europäischen Betriebsrats.

Mehrheiten im Pulheimer Rat nach der Kommunalwahl im September 2025



Haushalt 2026/27



Sinnlose Geldverschwendung

Zukunft lässt sich nicht vertagen – ein grüner Blick auf den Haushalt

Ende letzten Jahres wurde der neue Haushalt für 2026/27 im Rat beschlossen. Der Haushalt der Stadt Pulheim beeindruckt auf den ersten Blick: große Investitionssummen und viele ehrgeizige Projekte. Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich ein strukturelles Problem, das die Grünen seit Jahren benennen: Es fehlt nicht an Geld oder guten Ideen, sondern an Umsetzung, Priorisierung und strategischer Steuerung.

Der Bürgermeister sprach bei der Haushaltseinbringung von Handlungsfähigkeit und davon, dass es keinen Stillstand gebe. Die Haushaltszahlen erzählen jedoch eine andere Geschichte. Das deutlich geringere Defizit im letzten Jahr ist kein Ergebnis kluger Planung, sondern vor allem Folge nicht umgesetzter Projekte. Was Jahr für Jahr im Haushalt steht, wird verschoben – bei Schulen, beim Klimaschutz, bei der Mobilität. Das ist kein Zeichen von Stärke, sondern Ausdruck chronischer Überforderung.

Klimaschutz bleibt unterfinanziert

Besonders deutlich wird das beim Klimaschutz. Die vorgesehenen Mittel sind gemessen an der Herausforderung erschreckend niedrig. Während Millionen für Einzelprojekte bereitgestellt werden, fehlt eine klare kommunale Energie- und Klimastrategie: keine systematische energetische Sanierung städtischer Gebäude, kein konsequentes Energiemanagement, keine echte Solaroffensive. Dabei ließen sich durch Effizienz und eigene Energieerzeugung dauerhaft Kosten senken – Geld, das dann für Bildung, Kultur und soziale Angebote zur Verfügung stünde.

Schulen: Sanierungsstau mit Folgen

Auch die großen Investitionen in Schulen sind notwendig, kommen aber Jahrzehnte zu spät. Der enorme Sanierungsstau ist hausgemacht. Jetzt werden viele Großprojekte parallel geplant, obwohl Personal und Kapazitäten fehlen. Jede Verzögerung treibt die Kosten weiter in die Höhe – zulasten anderer wichtiger Bereiche.

Digitalisierung als Schlüssel

Positiv ist, dass Digitalisierung und Prozessmanagement endlich ernst genommen werden. Doch auch hier holt Pulheim lediglich nach, was andere Kommunen längst umgesetzt haben. Digitalisierung muss Grundlage einer modernen Verwaltung sein, um leistungsfähiger zu werden.

Unser Fazit: Ein Haushalt, der wirkt

Für uns Grüne ist klar: Pulheim braucht keinen Haushalt der schönen Versprechen, sondern einen Haushalt, der wirkt. Ehrliche Prioritäten, wirksamer Klimaschutz, realistische Planung und eine Verwaltung, die handlungsfähig gemacht wird. Nur so entsteht Zukunft – nicht durch Hochglanzzahlen, sondern durch konsequentes Handeln. Zudem müssen Investitionen stärker danach bewertet werden, welchen langfristigen Nutzen sie für die Stadtgesellschaft bringen und wie sie zur finanziellen Entlastung in den kommenden Jahren beitragen können. Ein in die Zukunft gerichteter und verantwortungsvoller Haushalt, der auch langfristig – also auch für unsere Kinder oder Enkel – die richtigen Weichen stellt, muss anders aussehen. Es wird Zeit Verantwortung zu tragen!

Impressum

Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stadtverband Pulheim, c/o Roßackerweg 27, 50259 Pulheim. Auflage: 20.000 Exemplare
Redaktion: Renate Thiel, Pia Makowski, Klaus Groth, Anselm Jungeblodt, Thomas Roth. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Gestaltung: Th. Graf-Luxen, Köln, info@graf-luxen.de.
Druck: Caritas Wertarbeit, Heinrich-Rohlmann-Str. 13, 50829 Köln.
Spendenkonto: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreissparkasse Köln, IBAN: DE62 3705 0299 0157 2965 34, BIC: COKSDE33XXX

Sportstättenleitplanung

Endlich Klarheit für Pulheims Sport – Sportstättenleitplanung kommt

Gute Nachrichten für den Sport in Pulheim: Im Doppelhaushalt 2026/27 sind endlich Mittel für eine Sportstättenleitplanung vorgesehen. Damit wird ein Thema aufgegriffen, das wir als Bündnis 90/Die Grünen seit Jahren einfordern – und das für unsere Vereine längst überfällig ist.

Bereits für die Jahre 2008–2020 wurde eine umfassende Sportstättenleitplanung durch die Deutsche Sporthochschule Köln erstellt und beschlossen. Seitdem hat sich jedoch viel verändert: Bevölkerungsentwicklung, Ganzttag, neue Sporttrends, wachsende Mädchen- und Frauenmannschaften sowie steigende Anforderungen an moderne, barrierefreie und nachhaltig betriebene Infrastruktur.

Im März 2023 beauftragte der Ausschuss für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit die Verwaltung, die bisherigen Ergebnisse zu evaluieren. Zuvor hatten wir Grünen die Fortschreibung mit einem transparenten Kriterienkatalog beantragt. Unser Ziel ist klar: nachvollziehbare Maßstäbe für Investitionsentscheidungen, eine verlässliche Prioritätenliste und damit echte Planungssicherheit für die Vereine.

Wie notwendig das ist, zeigt der Sportpark Brauweiler. Dort läuft das planungsrechtliche Verfahren zur Weiterentwicklung, unter anderem für die Vereinsheime von TuS Brauweiler und Grün-Weiß Brauweiler. Gleichzeitig melden Vereine in Brauweiler, Geyen oder Sinnersdorf dringende Bedarfe bei Umkleiden, Sanitäranlagen und Hallenkapazitäten. Ohne Gesamtkonzept droht Stückwerk – jede Maßnahme wird einzeln diskutiert, Prioritäten bleiben unklar und Entscheidungen sind für Ehrenamtliche kaum nachvollziehbar. Eine aktuelle Sportstättenleitplanung schafft hier Transparenz und Verlässlichkeit. Sie analysiert Bestand und Bedarf und legt

Klimaschutz

NRW liefert beim Klimaschutz Rekord-Ausbau der Windenergie zeigt, was möglich ist

Das vergangene Jahr war für den Klimaschutz weltweit kein gutes. In den USA wurden zahlreiche Klimaschutzprojekte gestoppt, Förderprogramme zurückgefahren und Forschungsinstitute geschlossen. Gleichzeitig mehren sich alarmierende Berichte über das Absterben tropischer Korallenriffe, das Abschmelzen von Gletschern und die zunehmende Bedrohung vieler Tier- und Pflanzenarten.

Auch in Deutschland waren die Folgen deutlich spürbar: 2025 war das zweitwärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Hitzewellen, Dürren und Extremwetterereignisse zeigen immer klarer, wie dringend entschlossenes Handeln nötig ist.

Klar ist: Internationale politische Entwicklungen lassen sich von Nordrhein-Westfalen aus nur begrenzt beeinflussen. Doch was wir hier vor Ort tun, liegt in unserer eigenen Verantwortung. Gerade auf Landesebene können entscheidende Weichen gestellt werden – bei der Energieversorgung, beim Ausbau erneuerbarer Energien und bei der Unterstützung von Kommunen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern.

Rekordzahlen beim Windkraftausbau unter schwarz-grüner Verantwortung

Und genau hier zeigt Nordrhein-Westfalen, dass entschlossene Klimapolitik wirkt. Unter der schwarz-grünen Landesregierung und mit Mona Neubaur als Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie konnte 2025 ein neuer Rekord erzielt werden. Im Vergleich zum Vorjahr wurden rund 80 Prozent mehr Windenergieanlagen errichtet. Erstmals wurde dabei die Marke von über einem Gigawatt neu installierter Windleistung überschritten – ein Meilenstein für das bevölkerungsreichste Bundesland.

Zum Vergleich: Diese zusätzliche Leistung entspricht in etwa der Stromerzeugung eines großen Kohlekraftwerks wie „Datteln 4“ – allerdings ohne die massiven Umwelt- und Kli-



Von außen sieht das Vereinsgebäude ja nur alt aus, aber von innen ist es unzumutbar.

fest, welche Halle wann saniert oder wo neu gebaut werden soll. Sportentwicklung ist mehr als der Bau einzelner Anlagen: Drei Stunden Schulsport, Ganzttag, Vereins- und Individualsport müssen zusammengedacht werden. Sportstätten sind Teil der kommunalen Daseinsvorsorge, Orte der Begegnung und ein wichtiger Standortfaktor für Lebensqualität in allen Stadtteilen.

Mit der Finanzierung im Haushalt 2026/27 setzen wir endlich einen strukturierten Prozess in Gang – für faire Entscheidungen, transparente Prioritäten und starke Vereine in Pulheim.

Eine ambitionierte Sportstättenleitplanung muss nicht nur zeitnah, sondern auch nachhaltig erstellt werden. Sie darf unter keinen Umständen unnötig in die in die Länge gezogen werden. Denn sonst droht die Planung sehr schnell von der Realität überholt zu werden. Jede Planung muss realisiert werden können. Auch Personalengpässe dürfen da nicht als Entschuldigung herhalten.



Die „Wolkenmacher“ werden immer mehr durch Windräder ersetzt.

mabelastungen, ohne CO₂-Emissionen und ohne langfristige Folgekosten für Mensch und Natur. Gleichzeitig stärkt der Ausbau der Windenergie die regionale Wertschöpfung, sichert Arbeitsplätze und schafft neue Perspektiven für Kommunen im ländlichen Raum.

Doch der Ausbau geht weiter. Bereits jetzt liegen Genehmigungen für weitere sechs Gigawatt Windenergie vor. Damit könnte Nordrhein-Westfalen künftig einen erheblichen Anteil des deutschen Strombedarfs aus eigener, erneuerbarer Erzeugung decken. Das macht unabhängiger von Energieimporten, stabilisiert langfristig die Preise und erhöht die Versorgungssicherheit.

Der Erfolg zeigt: Aus NRW kommen konkrete Lösungen für sauberen Strom, wirtschaftliche Stärke und wirksamen Klimaschutz. Nordrhein-Westfalen macht damit vor, wie verantwortungsvolle Energiepolitik aussehen kann – ein Erfolg, der Mut macht und zeigt, dass die Energiewende funktioniert, wenn man sie konsequent umsetzt.

Infobox

Mehr Informationen zur Windenergie



<https://wirtschaft.nrw/erfolgsstory-gigawattpaket-installierte-leistung-im-rheinischen-revier-seit-ende-2020-verdoppelt>



<https://www.lee-nrw.de/presse/mitteilungen/gigawatt-schallmauer-im-windland-nummer-1-durchbrochen/>

Kommunalpolitik



Alles nur geklaut - wie CDU und SPD fremde Anträge übernehmen

Geht es im Stadtrat noch um Inhalte oder wird nach Parteifarben entschieden?

Wir mussten feststellen, dass bei den Haushaltsberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 09.12.2025 alle Anträge der Grünen abgelehnt wurden. Schade, dass unsere Anregungen abgelehnt wurden.

Wie z. B. die Beantragung von Finanzmitteln für eine Machbarkeitsstudie eines City-Ring-Bus-Netzes, das Pulheimer*innen von den äußeren Vierteln wie z.B. Maler- oder Diamantenviertel mit dem Stadtzentrum (Marktplatz) verbinden könnte und damit auch die Parkplatzsituation im Zentrum entlasten könnte. Dabei wird Parkplatznot in Pulheim von den konservativen Parteien immer wieder thematisiert. Aber dann war man nicht mal willens, die Machbarkeit des City-Ring-Bus-Netzes prüfen zu lassen.

Bei unserem Antrag zur Förderung der Frauenberatungsstelle im Café F, den wir regelmäßig für den Pulheimer Haushalt stellen, waren wir dann aber doch optimistisch, eine Zustimmung, wie in den vorherigen Haushaltsberatungen zu erhalten.

Merkwürdig war dann, dass das CDU-SPD-Bündnis diesen Antrag der Grünen zur finanziellen Förderung der Frauenberatungsstelle nicht etwa unterstützte, sondern eine halbe Stunde vor Sitzungsbeginn einen inhaltlich und finanziell gleichen Antrag bekannt gab. Dabei lag unser „grüner“ Antrag hierzu ja bereits fristgerecht an dem von der Verwaltung genannten spätesten Einreichungsdatum, dem 26.11.2025, vor und war auch bereits im Ratsinformationssystem veröffentlicht.

Man darf sich fragen: Was soll das?

Das gleiche Vorgehen der Mehrheitsfraktionen konnten wir dann bezüglich unseres Antrages auf Unterstützung des gemeinnützigen Vereins „Igelzeit.de“ beobachten. Auch hier wurde eine halbe Stunde vor Sitzungsbeginn ein inhaltlich und finanziell gleicher Antrag der CDU/SPD veröffentlicht.

Dass die von der Verwaltung gesetzte Frist zur Einreichung der Fraktionsanträge zum Doppelhaushalt 2026/2027 sehr kurz war, eigentlich zu kurz, ist unbestritten. Vielleicht sollte verwaltungsseitig dann aber überlegt werden, von einer Fristsetzung zukünftig ganz abzusehen, wenn Anträge, die deutlich nach der Frist eingereicht werden, noch angenommen werden. Oder galt die Frist nur für bestimmte Fraktionen und für CDU/SPD nicht?

Beide CDU/SPD-Anträge wurden in der entsprechenden Haupt- und Finanzausschusssitzung vor unseren gleichen Anträgen abgestimmt und mit großer Mehrheit beschlossen.

So sehr es uns freut, dass wir inhaltlich unsere Ziele erreicht haben, so sehr verwundert uns ein solches Vorgehen von CDU und SPD. Musste man noch schnell zwei gleichgerichtete „eigene“ Anträge stellen, nur um nicht in die „Verlegenheit“ zu geraten, den grünen Anträgen zustimmen zu müssen? Dieser Gedanke drängt sich auf.

Also ist nicht der Inhalt der Anträge relevant, sondern die Parteifarben, mit denen sie eingereicht werden? Und das soll seriöse Ratsarbeit für Pulheim sein? Man hätte sich als CDU und SPD auch für die sinnvollen Anträge der Grünen bedanken können und umstandslos zustimmen können, aber dann müsste man ja über den eigenen Schatten springen und erkennen, dass man selbst hier etwas versäumt hatte.

Stadtrat



Die neue Ratsfraktion: eine starke Elf

Nach der Kommunalwahl 2025 bilden die 11 Ratsmitglieder der grünen Fraktion die stärkste Opposition zum CDU-SPD-Bündnis. Statt einem Fraktionsvorsitzenden hat die neue Elf nun eine Fraktionsdoppelspitze. Dies sind Anke Lundborg und Klaus Groth.

Die Ratsmitglieder, ihre Funktionen und Kontaktdaten:

Anke Lundborg
Fraktionssprecherin
Vorsitzende Umwelt- und Planungsausschuss
Sprecherin im Haupt- und Finanzausschuss
anke.lundborg@gruene-pulheim.de

Klaus Groth
Fraktionssprecher
Sprecher im Umwelt- und Planungsausschuss
Mitglied im UPA und LHA
klaus.groth@gruene-pulheim.de

Pia Makowski
Sprecherin im Ausschuss für Liegenschaften und Hochbau
Mitglied im LHA und TVA
pia.makowski@gruene-pulheim.de

Michael Küppers
Sprecher im Ausschuss für Soziales, Generationen und Integration
Mitglied im SGI, HFA, WPA und WA
michael.kueppers@gruene-pulheim.de

Antje de Levie
Mitglied im Umwelt- und Planungsausschuss
Stellv. Vorsitzende im Gleichstellungsbeirat
antje.delevie@gruene-pulheim.de

Christopher Kling
Sprecher im Ausschuss für Bildung, Kultur, Freizeit und Sport
Mitglied im BKSF und JHA
christopher.kling@gruene-pulheim.de

Mariam Scharifi
Sprecherin im Jugendhilfeausschuss
Mitglied im JHA und BKSF
mariam.scharifi@gruene-pulheim.de

Anselm Jungeblodt
Sprecher im Ausschuss für Tiefbau und Verkehr
Mitglied im TVA, RPA, WPA und WA
anselm.jungeblodt@gruene-pulheim.de

Renate Thiel
Mitglied im HFA und BKSF, reate.thiel@gruene-pulheim.de

Dr. Christopher Baumann
Mitglied im SGI und TVA
christopher.baumann@gruene-pulheim.de

Ulrike Mohi
Mitglied im ACI, LHA, SGI und RPA
ulrike.mohi@gruene-pulheim.de

Abkürzungen:			
ACI	Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration	RPA	Rechnungsprüfungsausschuss
BKSF	Ausschuss für Bildung, Kultur, Freizeit und Sport	SGI	Ausschuss für Soziales, Generationen und Integration
HFA	Haupt- und Finanzausschuss	TVA	Ausschuss für Tiefbau und Verkehr
JHA	Jugendhilfeausschuss	UPA	Umwelt- und Planungsausschuss
LHA	Ausschuss für Liegenschaften und Hochbau	WA	Wahlausschuss
		WPA	Wahlprüfungsausschuss

Nachlese Kommunalwahl

Dürfen wir Pulheimer nicht wissen, worauf sich CDU und SPD in ihrer Kooperations-Vereinbarung einigten?

Nach den Kommunalwahlen im September 2025 lud die CDU als stimmenstärkste Partei sowohl die SPD als auch Bündnis 90/Die Grünen zu Sondierungsgesprächen ein. Die Grünen sind mit klaren Vorstellungen und Zielen in die Gespräche gegangen. Die Erfahrungen aus der Koalition mit der CDU in den Jahren 2014 bis 2020 hatten gelehrt, dass es wichtig ist, konkrete Ziele zu definieren, die nicht nur gemeinsame Unterstützung der vereinbarten Projektum im Rat beinhalten, sondern auch deren Umsetzung durch die Verwaltung. Welche Vorstellungen und Ziele die SPD in die Sondierungsgespräche einbrachte, ist nicht bekannt. Offensichtlich war es für die CDU leichter, denen der SPD zuzustimmen. Was nun für die laufende und zukünftige Zusammenarbeit der beiden Fraktion vereinbart wurde, bleibt geheim. Der sicherlich existierende Kooperationsvertrag wurde nicht veröffentlicht, ebenso wenig herauszuhebende Projekte. Haben die Bürger*innen nicht ein Recht darauf zu erfahren, was die nun zusammenarbeitenden Fraktionen CDU/SPD für die Stadt vereinbart haben? Man kann nur spekulieren, was der Grund für eine solche Geheimniskrämerei sein könnte.



Wo ist eigentlich das SPD-Programm geblieben?

Entsprechen die Vereinbarungen nicht den Versprechungen oder Zielen, die vor der Wahl gemacht oder in den Gremien des Stadtrates vertreten wurden? Auffällig ist jedenfalls, dass die SPD die von ihr selbst (gemeinsam mit den Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und BVP) im Juni 2025 beantragte Stellenaufstockung bei Sozialarbeitern in der Geflüchteten-Hilfe dann ablehnte. Und zwar gemeinsam mit der CDU bei den Haushaltsberatungen im Dezember!

